



Zofingen, 19. Oktober 2014/thü

Interpellation

Sparmassnahmen im Budget des Kantons: Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Zofingen

Gestützt auf §28 der Gemeindeordnung der Stadt Zofingen reichen die Unterzeichnenden nachstehendes Begehren ein:

Noch vor 2 Jahren wurde mit dem Argument von Entlastung, der Bevölkerung eine weitere Steuergesetzrevision schmackhaft gemacht. Aufgrund der daraus resultierenden Mindereinnahmen sieht sich die Regierung nun dazu gezwungen, Leistungen einzusparen. Daher behandeln der Aargauer Regierungsrat und das Parlament derzeit unter dem Stichwort „Leistungsanalyse“ ein weitgehendes Spar- und Abbaupaket. Der geplante Leistungsabbau beim Kanton wird über kurz oder lang zu Mehrausgaben bei den Gemeinden führen. Die Mindereinnahmen bei den Gemeindesteuern (einfache Steuer sinkt) wird die Gemeinden zwingen, Leistungen abzubauen oder den Steuerfuss zu erhöhen. Weil der Kanton Aargau wiederholt für Gutverdienende Steuern gesenkt hat, bleibt jetzt kein Geld mehr für wichtige Leistungen. Jetzt von der Bevölkerung zur Korrektur einer verfehlten Steuerpolitik derartige Opfer zu verlangen ist unfair und zynisch.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten nachfolgende Fragen zu beantworten. Die Fragen beziehen sich sowohl auf die Massnahmen in der Vorschlagskompetenz der Regierung (Budget), als auch auf jene in der Kompetenz des Parlaments (Gesetz über die Umsetzung der Leistungsanalyse).

1. Welche Massnahmen aus der Leistungsanalyse betreffen Zofingen kurz-, mittel- und langfristig? Von welchen Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Kultur, Bildung und Umwelt sind Projekte oder Vorhaben in Zofingen jetzt oder in Zukunft betroffen?
2. Welche der zur Streichung vorgeschlagenen öffentlichen Dienstleistungen will der Stadtrat mit einem kommunalen Angebot kompensieren, welche nicht?
3. Es werden zahlreiche Unterstützungsangebote für Menschen mit finanziellen, beruflichen oder sozialen Problemen gekürzt oder gestrichen, so zum Beispiel das Werkjahr oder die individuelle Prämienverbilligung. Rechnet der Stadtrat auf Grund dieser Abbaupläne mit einer Zunahme der Kosten in Zofingen, namentlich bei den Sozialhilfekosten?
4. Wie beurteilt der Stadtrat generell die Zunahmen der kommunalen Belastung mit Aufgaben und Kosten, welche durch die Einsparungen auf Kantonebene eintreten werden? In welchen Bereichen sieht er in absehbarer Zukunft zusätzliche Kosten auf die Gemeinde zukommen?



5. Bringt sich der Stadtrat in den bestehenden Austauschgefässen mit dem Kanton politisch ein (z.B. Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau)?
6. Wenn ja, welche Massnahmen kann der Stadtrat treffen, damit sich die Aufgaben- und Kostenverteilung in Zukunft nicht weiter zu Ungunsten von Zentrumsgemeinden verschieben?
7. Werden die Anliegen der Stadt Zofingen durch die Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau genügend vertreten oder müsste ein anderes Gefäss die Anliegen der Zentrumsgemeinden vorbringen um die Kluft Stadt/Land besser aufzeigen zu können?

Zofingen, 20. Oktober 2014
SP/JUSO-Fraktion des Einwohnerrates

Der Erstunterzeichnende

Mitunterzeichnende